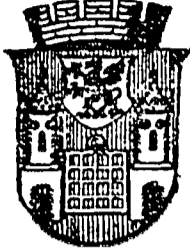


Schwedter Tageblatt

Bekundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 137

Sonnabend, den 14. Juni 1930

37. Jahrgang

Kabinett für Moldenhauers Programm

Die Ziele der Regierungspolitik. — Verwaltungsvereinfachung und Ersparnisse. — Entschlossenes Handeln angekündigt.

Amlich wird über die Kabinettsitzung vom Freitag mitgeteilt: Bei Beginn der Sitzung sprach der Reichszankler Dr. Brüning dem anwesenden Reichsbankpräsidenten Dr. Luther den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen bei Abschluß der auf Grund des Haager Abkommens getätigten Anleihe geführt haben.

Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Begründung der Deckungsvorlagen vor, der das Reichskabinett einstimmig zustimmte.

Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Öffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen. Ziel dieser Politik ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Normalität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen.

Die Reichsregierung ist der festen Überzeugung, daß durch ihre Maßnahmen die Arbeitslosigkeit, obwohl sie zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, in erheblichem Umfang gemindert werden kann.

Zu diesem Zweck ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Verteilung von Aufträgen der Reichsbahn und der Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiet der Agrarpolitik und der Stille dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern. Voraussetzung für die Möglichkeit der Ausbringung der nötigen Kredite ist die unverzügliche Herstellung und Erhaltung des Gleichgewichts im Haushalt.

Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigen Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einsicht und die tätige Mithilfe der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchem Vorgehen ihre eigene Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitsklärung für die Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat.

Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Lasten.

Das Kabinett verabschiedete unter diesem Gesichtspunkt ein Gesetz zur Erzielung von Ersparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden. In diesem Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die Mißverhältnisse zwischen den Personalausgaben der Gemeinden und denen von Reich und Ländern beseitigen sollen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Ersparnisse gerufen hat. Auf Vorschlag des Reichsfinanzministers sollen diese gesetzgeberischen Maßnahmen in einen größeren umfassenden Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz festgelegt werden soll. Das Kabinett kam in Übereinstimmung mit dem Finanzminister zu dem Ergebnis, daß nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften eine durchgreifende Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann. Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres von der Befehung frei werdenden Stellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Außenverwaltung Abstand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen.

Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf 20 Prozent der den Reichsministerien für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten. Diese vorgesehene umfassenden Reformen können aber ausreichende Ersparnisse nur auf lange Sicht bringen, während die Not der Zeit und die Durchführung des Gesamtprogramms entschlossenes sofortiges Handeln erfordert. Deshalb hält die Regierung fest an der Notwendigkeit der sofortigen Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlage und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung, der am Freitag vom Reichskabinett verabschiedet wurde. Dieser Entwurf befreit den Ausleih-

der vorübergehenden Belastung, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintrete.

Das Kabinett ist sich schlußig geworden, dem Reichstag Abstriche am Reichsetat im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Ersparnisse können nach Lage der Dinge nur geringfügig sein, wenn an dem größten Ausgabeposten, dem Personalposten, vorbeigegangen wird. Für diese Ersparnisse ist zurzeit kein anderer Weg möglich als die vom Reichskabinett beschlossene Reichshilfe der Festbefolgten.

Die Regierung sieht in dem Ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie der Überzeugung ist, daß nur eine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird.

Verhandlungen über Lohn- und Preissenkung

Nachprüfung der Eisenpreise.

Zwischen sind am Freitag die Verhandlungen der Unternehmervertreter mit den Gewerkschaftsführern über eine Lohn- und Preissenkung wieder aufgenommen worden. In Kreisen der Unternehmer war man ziemlich zuversichtlich über den Ausgang der Aussprache. Es ist damit zu rechnen, daß die Öffentlichkeit über die hinter verschlossenen Türen stattfindenden Beratungen bald nähere Aufklärung erhalten wird, zumal man sich von den Besprechungen, falls sie tatsächlich zu einem Erfolg führen sollten, allerhand für die Aufbretung der Wirtschaft verpricht.

Die von den Arbeitgeberverbänden in der Eisenindustrie gefaßten Beschlüsse über die Preissenkung werden gegenwärtig im Reichsarbeitsministerium sowie im Reichswirtschaftsministerium nachgeprüft. Man will vor allem untersuchen, ob die Herabsetzungen der Arbeitgeber gemäß dem Schiedsspruch als ausreichend anzusehen sind. Im allgemeinen beträgt die Preisherabsetzung nach den Vorschlägen der Arbeitgeber etwa vier bis fünf Prozent. Die Arbeitgeberverbände erklären, daß bei einer Lohnkürzung von 7½ Prozent, wie sie der Schiedsspruch für die Allordlöhne vorseht, eine Senkung der Preise um vier bis fünf Prozent ein Maximum darstelle, da ja die Höhe des Lohnes nur einen Bruchteil der Höhe des Preises ausmache.

Die Gemeinschaftsarbeit der Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter.

Zuverlässige Verantwörung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie veröffentlicht folgende Mitteilung über die Besprechungen zum Preis- und Lohnabbau: Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben in den Besprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krise der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstkostengestalten der Wirtschaft, der Preisbildung und der Möglichkeiten der Hebung des Absatzes, damit der Produktion und der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß behandelt.

Ungeachtet der selbstverständlichen Verschiedenheit der Standpunkte sind sie zu der Überzeugung gekommen, daß weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen zu nützlichen Ergebnissen für unser Volk führen können. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Beamtenbund gegen Regierungspläne.

Der Deutsche Beamtenbund hat, wie er in einer Besprechung mit der Presse mitteilte, die Absicht, eine Aktion gegen die Steuerpläne der Regierung zu veranstalten. Seine Kritik richtet sich ebenso gegen die Reichshilfe wie gegen das Ausgabenentzugs- und gegen das Spargesetz. Er betont, daß die darin enthaltenen Vorschläge zum großen Teil verfassungsändernd seien.

Neue Kredite für Arbeitsbeschaffung.

Verhandlungen mit Amerika. Nachdem die Young-Anleihe jetzt mit Erfolg vom internationalen Geldmarkt übernommen worden ist, wird das Deutsche Reich — wenn auch auf indirektem Wege —

sofort versuchen, eine größere langfristige Anleihe für die Zwecke des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Newyork und London unterzubringen. Im ganzen sollen allmählich etwa 75 Millionen Dollar als Anleihe aufgenommen werden, die ausschließlich dazu dienen werden, öffentlichen Stellen die Vergebung von Bau- usw. Aufträgen an die Wirtschaft zu ermöglichen.

Bekanntlich hat das Reich eine ganze Reihe von „Außenständen“ in Form von Kreditkonventionen an Länder, Kommunen, Kommunalverbände, sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften, Reedereien, Werften usw. Am sollen diese Kredite in ein neu zu gründendes Finanzierungsinstitut als Aktien eingebracht werden, alles Kredite, die das Reich für die „produktive Erwerbslosenfürsorge“ hergegeben hat; insgesamt handelt es sich um etwa 375 Millionen hypothekarisch gesicherte Darlehensansprüche des Reiches, die nun durch Umwandlung in ein Aktienkapital von 150 Millionen und 250 Millionen Mark Reserven konsolidiert werden. Das Finanzierungsinstitut hat die Aufgabe,

ausschließlich für Reichszwecke im Ausland Anleihen aufzunehmen;

es heißt, daß hierüber bereits Verhandlungen mit dem London-Newyorker Bankhaus Henry Schröder eingeleitet sind.

Die Rückzahlungen und Zinsen aus den Reichssubventionen fließen dann also dem neuen Institute zu, das im engsten Zusammenhang mit der Deutschen Bau- und Bodenkass — deren Kapital zu 50 Prozent im Besitz des Reiches ist — errichtet werden soll. Das gleiche gilt auch für die Arbeitsbeschaffungskredite, die aus dem Ertrag der erhofften Anleihen dann der deutschen Wirtschaft zugeleitet werden sollen. Trennhänderin dabei ist die Reichskredit-A.G., die ja selbst schon als Bank der „Wag“ („Vereinigte Industriewerke A.G.“) sämtliche reichseigenen Betriebe kontrolliert. Es ist beabsichtigt, zunächst auf drei Jahre eine Reihe kleinerer Anleihen von alljährlich 15 bis 25 Millionen Dollar aufzunehmen, die natürlich ebenso als unter Reichsgarantie stehend zu betrachten sind wie die Aktien des Instituts selbst.

Eröffnung des Deutschen Hansehauses in Antwerpen.

Eine Ansprache des deutschen Ausstellungs-Kommissars.

In Antwerpen wurde das Deutsche Hansehaus auf der Internationalen Ausstellung feierlich eröffnet. Der Feier wohnten bei: der deutsche Gesandte Dr. Horstmann, der deutsche Generalkonsul in Antwerpen, die Bürgermeister von Hamburg, Bremen und Lübeck, der belgische Verkehrsminister Lippens, der Bürgermeister von Antwerpen, die Leiter der Ausstellung und zahlreiche andere Persönlichkeiten.

Nachdem namens der Hansestädte der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Bürgermeister Dr. Donandt, eine Begrüßungsansprache gehalten hatte, ergriff der deutsche Reichskommissar für die Internationale Ausstellung in Antwerpen, Dr. Mathies, das Wort, um den Senaten der drei Hansestädte den Dank des Reiches zum Ausdruck zu bringen und auf die Entwicklung und Bedeutung der

Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien

auf nahezu allen Gebieten des Wirtschaftslebens hinzuweisen. Es sei überall ein Sinecuregelingen, eine gegenseitige Befruchtung und Ergänzung, denn die wirtschaftliche Entwicklung und Blüte eines Landes mache an den Grenzen nicht halt. In ähnlichem Sinne sprach dann der belgische Verkehrsminister Lippens.

Politische Rundschau.

Madras. Sieben Freiwillige, die verhaftet wurden, weil sie für den Boykott ausländischen Zuges sprachen, wurden zu je einem Jahr und drei andere zu je sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Uniformverbot für Nationalsozialisten in Baden.

Der badische Minister des Innern hat das öffentliche Tragen der Uniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Organisationen bis auf weiteres verboten. Den Anlaß zu dieser Maßnahme gaben die zahlreichen Zusammenkünfte mit Angehörigen anderer politischer Richtungen, die im Laufe der letzten Zeit auch in Baden vorgekommen sind. Gegenüber anderen Verbänden liegt, zurzeit wenigstens, so heißt es in der Bekanntmachung, ein Anlaß zu gleichem Vorgehen nicht vor, abgesehen von dem Verbot gegenüber dem Koffrontlämpferbund.